

Debatte Top 131: UN-Atomwaffenverbotsvertrag und ICAN-Städteappell

Sehr geehrte Frau/Herr Präsident/in, meine Damen und Herren!

Für uns Freie Demokraten sind Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung von Atomwaffen zentrale Anliegen liberaler Außenpolitik. Der Atomwaffenverbotsvertrag verfolgt das richtige Ziel. Der ICAN-Städteappel weist zurecht daraufhin, dass Atomwaffen gerade für Städte eine besondere Bedrohung sind. Dennoch stimmt keiner der fünf im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen vertretenen Atomwaffenstaaten dem Atomwaffenverbotsvertrag zu.

Der Nukleare Nichtverbreitungsvertrag hingegen genießt die umfangreiche Unterstützung der internationalen Staatengemeinschaft. Es besteht die Gefahr, dass mit dem Atomwaffensperrvertrag ein neues paralleles Abrüstungsregime geschaffen wird. Das bestehende Abrüstungsregime des Nichtverbreitungsvertrags könnte damit geschwächt werden. Dies würde den internationalen Bemühungen um atomare Abrüstung und Nichtverbreitung entgegenlaufen. Wir Freien Demokraten wollen daher verstärkt das bestehende Abrüstungsregime vorantreiben und weiterentwickeln.

Da wir jedoch das symbolische Anliegen des ICAN-Städteappels anerkennen, werden wir uns hinsichtlich des Antrags der SPD und GRÜNEN enthalten. Den Zusatzantrag der Linken lehnen wir allerdings ab. Vielmehr sollte die Bundesregierung aufgefordert werden, sich im Rahmen ihres nichtständigen Sitzes im UN-Sicherheitsrat verstärkt für die globale atomare Abrüstung einzusetzen.

Vielen Dank!